

Geschäftsverteilungsplan des Bundesverwaltungsgerichts für das Geschäftsjahr 1969

A. Geschäftsverteilung

I. Revisionssenate

Es sind zugewiesen dem

I. Senat

die Entscheidungen über Klagen, Revisionen und Beschwerden aus den Gebieten

1. des Wirtschaftsverwaltungsrechts, soweit nicht der VII. Senat zuständig ist
2. des Landwirtschaftsrechts
3. des Rechts der freien Berufe einschließlich der Fahrlehrer
4. des Gesundheitsverwaltungsrechts
5. des Staatsangehörigkeits- und Ausländerrechts
6. des Gesetzes über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften
7. des Ordnungsrechts einschließlich des Vereins-, Versammlungsrechts und des Presserechts, mit Ausnahme
 - a) des Namensrechts (VII. Senat) und
 - b) der mit den Rechtsgebieten des IV. Senats zusammenhängenden Streitigkeiten

II. Senat

die Entscheidungen über Klagen, Revisionen und Beschwerden aus dem Gebiet

des Rechts des öffentlichen Dienstes ausschließlich der Wiedergutmachung (Anfangsbuchstaben A bis K), soweit nicht der VIII. Senat zuständig ist

III. Senat

die Entscheidungen über Klagen, Revisionen und Beschwerden aus dem Gebiet

1. des Lastenausgleichsrechts einschließlich der Schadensfeststellungen, soweit nicht der V. Senat zuständig ist
2. des Gesetzes über Hilfsmaßnahmen für Deutsche aus der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und dem sowjetisch besetzten Sektor von Berlin, soweit es sich um Einrichtungshilfe handelt

IV. Senat

die Entscheidungen über Klagen, Revisionen und Beschwerden aus den Gebieten

1. des Bau- und Bodenrechts
2. des Flurbereinigungsrechts und des ländlichen Grundstücksverkehrs
3. des Straßen- und Wegerechts einschließlich des Garagenrechts und des Gemeingebrauchs
4. des Wasser- und Deichrechts einschließlich des Baues von Wasserstraßen und des Wasserverbandsrechts
5. des Ordnungsrechts, soweit es mit den vorstehenden Rechtsgebieten zusammenhängt

V. Senat

die Entscheidungen über Klagen, Revisionen und Beschwerden aus den Gebieten

1. des Währungsausgleichsrechts
2. des Altsparergesetzes
3. des Lastenausgleichsrechts einschl. Schadensfeststellungen, soweit sie allein die Gewährung oder Entziehung (Rücknahme, Widerruf, Verrechnung) von Kriegsschadenrente, Eingliederungsdarlehen, Wohnraumhilfe, Ausbildungshilfe und sonstige Förderungsmaßnahmen betreffen sowie Ausschließung von der Schadensfeststellung und von Ausgleichsleistungen
4. des Gesetzes über Hilfsmaßnahmen für Deutsche aus der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und dem sowjetisch besetzten Sektor von Berlin, soweit es sich um Beihilfe zum Lebensunterhalt und um Eingliederungsdarlehen handelt
5. des allgemeinen Kriegsfolgengesetzes
6. des Heimkehrer- und Kriegsgefangenenentschädigungsrechts
7. des Fürsorgerechts einschl. des Schwerbeschädigten- und Mutterschutzgesetzes

8. des Jugendwohlfahrts- und Jugendschutzrechts, ausgenommen das Gesetz über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften (I. Senat)
9. des Besatzungsschadenrechts
10. des Sachleistungsrechts
11. des Kleingartenrechts

VI. Senat

die Entscheidungen über Klagen, Revisionen und Beschwerden aus dem Gebiet des Rechts des öffentlichen Dienstes aussch. der Wiedergutmachung (Anfangsbuchstaben L bis Z), soweit nicht der VIII. Senat zuständig ist

VII. Senat

die Entscheidungen über Klagen, Revisionen und Beschwerden aus den Gebieten

1. des Wirtschaftsverwaltungsrechts, und zwar
 - a) des Rechts der Verkehrswirtschaft
 - b) des Rechts des Außenhandels
 - c) des Rechts des Interzonenhandels
 - d) des Rechts der Ernährungswirtschaft mit Ausnahme der Streitsachen aus dem Milch- und Fettgesetz (I. Senat)
 - e) des Preisrechts, mit Ausnahme des Mietpreisrechts (VIII. Senat)
2. des Straßenverkehrsrechts, mit Ausnahme der Fahrlehrer (I. Senat)
3. des Postrechts
4. des Namensrechts
5. des Schul- und Hochschulrechts
6. des Personalvertretungsrechts
7. des Kommunalrechts
8. des Abgabenrechts, soweit nicht ein Sachzusammenhang mit einem Rechtsgebiet besteht, für das ein anderer Senat zuständig ist
9. des Wiedergutmachungsrechts, soweit nicht der VIII. Senat zuständig ist
10. des Prüfungsrechts, abgesehen von Laufbahnprüfungen für Beamte, aber einschl. der ersten und zweiten jur. Staatsprüfung ferner
11. die Entscheidung über Klagen, Revisionen und Beschwerden, die nicht einem anderen Senat zugewiesen sind.

VIII. Senat

die Entscheidungen über Klagen, Revisionen und Beschwerden aus den Gebieten

1. des Wehrpflichtrechts
2. des Dienstrechts, des Besoldungsrechts und des Versorgungsrechts der Soldaten, der Ersatzdienstpflichtigen und der Angehörigen des Zivilschutzkorps
3. des Wiedergutmachungsrechts für Angehörige des öffentlichen Dienstes
4. des Rechts der Vertriebenen, der Sowjetzonenflüchtlinge und der politischen Häftlinge
5. des Rechts der Förderung des Wohnungsbaues, des sonstigen Wohnungs- und des Mietpreisrechts einschl. des Wohngeldes

Schlußbestimmungen

1. Soweit sich die Verteilung der Geschäfte nach dem Anfangsbuchstaben richtet, ist der Name des Klägers — bei mehreren Klägern des in der Klageschrift an erster Stelle Genannten, bei Klagen von Erbengemeinschaften der Name des Erblassers, wenn er genannt ist — maßgebend.

Im einzelnen ist maßgebend:

A. bei Klagen physischer Personen:

der Anfangsbuchstabe des Familiennamens. Dabei gelten die zum Namen gehörenden früheren deutschen und entsprechenden ausländischen Adelsbezeichnungen im Sinne der Geschäftsverteilung nicht als Teil des Familiennamens;

B. bei Klagen von Firmen, Gesellschaften, Vereinen, Anstalten und anderen juristischen Personen:

- a) der Anfangsbuchstabe des ersten, in der Firma usw. enthaltenen Familiennamens, gleichviel, ob er als Hauptwort, Eigenschaftswort oder Bestandteil eines zusammengesetzten Wortes erscheint;
- b) beim Fehlen eines derartigen Familiennamens der Anfangsbuchstabe des ersten Hauptwortes der Firma usw.; Phantasiebezeichnungen und schlagwortartige Abkürzungen gelten auch dann als Hauptwörter, wenn sie keine zusammengezogenen Bestandteile von Hauptwörtern enthalten;
- c) beim Fehlen auch eines Hauptwortes der Anfangsbuchstabe des ersten Wortes.

In den Fällen zu b) und c) bleiben jedoch folgende Worte und ähnliche korporative Sammelbezeichnungen — sofern sie nicht als Bestandteil eines zusammengesetzten Wortes gebraucht sind — außer Betracht:

Aktiengesellschaft, Anstalt, Bank, Baugenossenschaft, Baugesellschaft, Bauverein, Direktion, Fabrik, Firma, Gemeinde, Gesellschaft, Genossenschaft, Gewerkschaft, Grube, Grundstücks-, Handels-, Kommanditgesellschaft, Korporation, Stiftung, Verband, Verein, Vereinigung, Zeche, Zentrale;

C. bei Klagen

- a) eines Konkursverwalters: der Name des Gemeinschuldners;
- b) eines Zwangsverwalters oder Treuhänders: der Name des Schuldners bzw. des Betreuten;
- c) eines Nachlaßverwalters, Nachlaßpflegers oder Testamentsvollstreckers: der Name des Erblassers.

D. Werden nebeneinander eine Firma und ihre Inhaber oder eine Gesellschaft und ihre Gesellschafter als Kläger genannt, so ist nur die Firma (Gesellschaft) maßgebend.

2. Soweit sich die Geschäftsverteilung nach Anfangsbuchstaben richtet, sind an einem Tag eingehende Streitsachen in alphabetischer Reihenfolge, geordnet nach dem Namen des Klägers, einzutragen.
3. Gelangt eine Revisionssache erneut an das Bundesverwaltungsgericht, so ist in diesem Fall der Senat zuständig, der die Zurückverweisung entschieden hat. Das gilt auch für Beschwerden und Wiederaufnahmeverfahren.
4. Für Streitsachen aus den Gebieten des Prozeß- und Vollstreckungsrechts ist der Senat zuständig, der nach dem Geschäftsverteilungsplan für die Entscheidung über das zugrunde liegende sachliche Rechtsgebiet zuständig ist.
5. Für die im Gesetz über das Bundesverfassungsgericht vorgesehene Äußerung ist der Senat zuständig, der nach der Geschäftsverteilung im Falle einer Revisionseinlegung zur Entscheidung über die Sache zuständig wäre.
6. Kommen für den in der Revisionsinstanz noch streitigen Teil eines Rechtsstreites entscheidend auch Fragen aus einem Rechtsgebiet in Betracht, für das nicht der Senat, bei dem die Sache anhängig ist und vor den sie nach dem Geschäftsverteilungsplan gehört, sondern ein anderer Senat zuständig ist, so kann, wenn dies aus besonderen Gründen zweckmäßig erscheint, die Sache an diesen Senat mit dessen Zustimmung abgegeben werden.
7. Die für das Jahr 1968 beschlossene neue Geschäftsverteilung zwischen dem I. und V. Senat gilt auch für das Jahr 1969 mit der Maßgabe der Ziffer 7 der Schlußbestimmungen für die Revisionssenate in der Geschäftsverteilung für 1968.

II. Disziplinarsenate

1. Von allen zur Entscheidung eingehenden Sachen, ausgenommen Wiederaufnahmeverfahren, sind zugewiesen dem I. Disziplinarsenat die Sachen mit ungerader, dem II. Disziplinarsenat die Sachen mit gerader Nummer, dem III. Disziplinarsenat die Sachen, deren Nummer durch drei teilbar ist.

Die Verteilung regelt sich folgendermaßen:

Alle eingehenden Sachen werden in eine nach dem Aktenzeichen (D, DB, DW) unterteilte, jeweils in sich fortlaufend nummerierte „allgemeine Prozeßliste“ in der Reihenfolge des Eingangs eingetragen. Von dieser Liste aus erfolgt die Zuteilung an die einzelnen Senate nach dem oben angegebenen Verteilungsschlüssel. Gehen mehrere Sachen gleichzeitig ein oder ist ein zeitlicher Unterschied des Eingangs nicht feststellbar, erfolgt die Eintragung in alphabetischer Reihenfolge der Familiennamen der Antragsteller, Beschwerdeführer oder

Berufungsführer; bei gleichen Familiennamen ist die alphabetische Reihenfolge der Vornamen, bei gleichen Vornamen das höhere Lebensalter für die Reihenfolge der Eintragung maßgebend. Bei Anträgen, Berufungen oder Beschwerden des Bundesdisziplinaranwalts oder einer obersten Dienstbehörde gilt die vorstehende Regelung mit der Maßgabe, daß bei der Eintragung von den Personalien des Betroffenen auszugehen ist. Gehen Sachen ein, die bereits im ersten Rechtszuge als personell oder sachlich zusammenhängend behandelt worden sind, werden sie dem Senat zugeteilt, der die erste dieser Sachen erhält; hierbei ist der Name des von dem Verfahren noch Betroffenen maßgebend, der in der Entscheidung des ersten Rechtszuges zuerst genannt worden ist. Geht eine Sache ein, die jemanden betrifft, gegen den bereits ein Verfahren, gleich welcher Art, anhängig war oder anhängig ist, wird sie dem Senat zugeteilt, der die frühere Sache erhalten hatte. Die Eintragung der zusammenhängenden Sachen in die allgemeine Prozeßliste erfolgt in der Weise, daß sie die jeweils nächsten freien Nummern des betreffenden Senats erhalten. Die allgemeine Prozeßliste wird durch den Leiter der Geschäftsstelle — I. Disziplinarsenat — geführt.

2. In Wiederaufnahmesachen entscheidet

der I. Disziplinarsenat, wenn der III. Disziplinarsenat, der II. Disziplinarsenat, wenn der I. Disziplinarsenat, der III. Disziplinarsenat, wenn der II. Disziplinarsenat in dem früheren Verfahren eine Entscheidung — gleich welcher Art — getroffen hat.

III. Wehrdienstsenate

1. Es sind zugewiesen

- a) dem I. Wehrdienstsenat
 - aa) alle Verfahren nach der Wehrbeschwerdeordnung (= WB-Sachen),
 - bb) alle Vorlegesachen gemäß § 28 Abs. 6 und § 30 Wehrdisziplinarordnung (= WDB-Sachen), und
 - cc) alle übrigen Verfahren nach der Wehrdisziplinarordnung (WD- und sonstige WDB-Sachen) — mit Ausnahme der Wiederaufnahmeverfahren —, deren laufende Nummern nach der „allgemeinen Prozeßliste“ durch drei teilbar sind.
- b) dem II. Wehrdienstsenat alle übrigen Verfahren, ausgenommen Wiederaufnahmeverfahren.

2. In Wiederaufnahmeverfahren entscheidet

der I. Wehrdienstsenat, wenn der II. Wehrdienstsenat, der II. Wehrdienstsenat, wenn der I. Wehrdienstsenat in dem früheren Verfahren eine Entscheidung — gleich welcher Art — getroffen hat. Entscheidungen des Wehrdienstsenats aus der Zeit vor Errichtung des II. Wehrdienstsenats gelten als Entscheidungen des I. Wehrdienstsenats.

3. Für die nach § 82 Abs. 4 des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht vorgesehene Äußerung ist der I. Wehrdienstsenat zuständig.

4. Die Verteilung regelt sich folgendermaßen:

Alle eingehenden Sachen werden in der Reihenfolge ihres Eingangs von dem geschäftsleitenden Beamten der Wehrdienstsenate in eine Tageseingangsliste eingetragen und mit einer fortlaufenden, jeden Tag mit 1 beginnenden „Kennziffer“ versehen. Gehen Sachen gleichzeitig ein oder ist ein zeitlicher Unterschied des Eingangs nicht feststellbar, bestimmt sich bei diesen Sachen die „Kennziffer“ nach der alphabetischen Reihenfolge der Familiennamen der Antragsteller, Beschwerdeführer oder Beschuldigten; bei gleichen Familiennamen nach der alphabetischen Reihenfolge der Vornamen, bei gleichen Vornamen nach dem höheren Lebensalter. Der geschäftsleitende Beamte hat hierbei die Pflicht, die Sachen unabhängig von der Registratur und ohne Kenntnis des Registerstandes zu nummerieren und dabei keine Kenntnis von dem Inhalt der Eingänge zu nehmen. In der Registratur werden die Sachen nach der Verfahrensart in der Reihenfolge der „Kennziffer“ mit fortlaufender Eingangsnummer in die „allgemeine Prozeßliste“ eingetragen. Von dieser „allgemeinen Prozeßliste“ aus werden die WD- und sonstigen WDB-Sachen nach dem oben angegebenen Verteilungsschlüssel zugeteilt. Bei Anträgen, Berufungen oder Beschwerden des Bundeswehrdisziplinaranwalts oder einer obersten Dienstbehörde oder anderer Personen gilt die vorstehende Regelung mit der Maßgabe, daß bei der Eintragung von den Personalien des Betroffenen auszugehen ist. Gehen Sachen ein, die bereits im ersten Rechtszug als personell oder sachlich zusammenhängend behandelt worden sind, werden sie dem Wehrdienstsenat zugeteilt, der die erste dieser Sachen erhält; hierbei ist der Name des noch

von dem Verfahren Betroffenen maßgebend, der in der Entscheidung des ersten Rechtszuges zuerst genannt worden ist. Geht eine Sache ein, die jemanden betrifft, gegen den bereits ein Verfahren anhängig war oder anhängig ist, wird sie dem Wehrdienstsenat zugeteilt, der die frühere Sache erhalten hatte. Dies gilt auch, wenn ein neues Verfahren mit einem noch anhängigen Verfahren sachlich zusammenhängt. Die Eintragung der zusammenhängenden Sachen in die „allgemeine Prozeßliste“ erfolgt in der Weise, daß sie die jeweils nächsten freien Nummern des betreffenden Wehrdienst-

senats erhalten. Verfahren nach der Wehrbeschwerdeordnung (= WB-Sachen) begründen keinen personellen oder sachlichen Zusammenhang.

Die „allgemeine Prozeßliste“ wird durch den Registraturbeamten der Geschäftsstelle — I. Wehrdienstsenat — geführt.

IV. Großer Senat

(nachrichtlich)

Die Zuständigkeit des Großen Senats ergibt sich aus § 11 der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO).

B. Besetzung

I. Revisionsenate

I. Senat

Präsident	Prof. Dr. Werner
Bundesrichter	Dr. Eue ¹⁾
Bundesrichter	Oppenheimer (in erster Linie II. Senat)
Bundesrichter	Dr. Heinrich, zum stellvertretenden Vorsitzenden bestellt
Bundesrichter	Dr. Paul
Bundesrichter	Dr. Pakuscher
Bundesrichter	Dörffler

II. Senat

Senatspräsidentin	Schmitt
Bundesrichter	Dr. Otto
Bundesrichter	Dr. de Chapeaurouge
Bundesrichter	Weber-Lortsch
Bundesrichter	Dr. Idel
Bundesrichter	Oppenheimer (außerdem I. Senat)

III. Senat

Senatspräsident	Dr. Buchholz
Bundesrichter	Dr. Sieveking
Bundesrichter	Vierhaus
Bundesrichter	Dr. Dodenhoff
Bundesrichter	Türke
Bundesrichterin	Dr. Hopf ²⁾

IV. Senat

Senatspräsident	Prof. Külz
Bundesrichter	Oswald ²⁾
Bundesrichter	Klein
Bundesrichter	Clauß
Bundesrichter	Dr. Weyreuther
Bundesrichter	Dr. Sandler

V. Senat

Senatspräsident	Prof. Hering
Bundesrichter	Dr. Wolf
Bundesrichter	Dr. Gützkow
Bundesrichter	Isendahl ²⁾
Bundesrichter	Dr. Rösge
Bundesrichter	Dr. Fink
Bundesrichter	Rochlitz

VI. Senat

Senatspräsident	Prof. Dr. Fürst
Bundesrichter	Kellner
Bundesrichter	Dr. Waitz
Bundesrichter	Dr. Becker
Bundesrichter	Dr. Nehlert
Bundesrichter	Niedermaier

VII. Senat

Senatspräsident	Witten
Bundesrichter	Dr. Zinser
Bundesrichter	Reimer
Bundesrichter	Dr. Zehner
Bundesrichter	Fischer
Bundesrichter	Dr. Heddaeus

VIII. Senat

Senatspräsident	Dr. Baring
Bundesrichter	Dr. Dr. Schröcker
Bundesrichter	Niesert
Bundesrichter	Maetzel
Bundesrichter	Dr. Raschke
Bundesrichter	Dr. Korbmacher

Bemerkungen:

¹⁾ Bundesrichter Dr. Eue tritt mit dem 30. April 1969 in den Ruhestand. Ab 1. April 1969 ist der zu diesem Zeitpunkt einzuberufende, neu gewählte Bundesrichter Dr. Sommer dem I. Senat zugeteilt.

²⁾ Anstelle des am 31. März 1969 ausscheidenden Bundesrichters Oswald tritt am 1. April 1969 Bundesrichter Isendahl vom V. zum IV. Senat über,

³⁾ Bundesrichterin Dr. Hopf tritt zum 1. Mai 1969 vom III. zum VIII. Senat über. Der zum 1. Mai 1969 einzuberufende, neu gewählte Bundesrichter Sigulla wird dem III. Senat zugeteilt.

II. Disziplinarsenate

1. Richter

I. Disziplinarsenat

Vorsitzender:	Senatspräsident Dr. Dickertmann
1. Beisitzer:	Bundesrichter Amelung
2. Beisitzer:	Bundesrichter Dr. Gille
3. Beisitzer:	Bundesrichter Dr. Hardraht ²⁾ (auch zeitweiliges Mitglied der Wehrdienstsenate)

II. Disziplinarsenat

Vorsitzender:	Senatspräsident Vogel
1. Beisitzer:	Bundesrichter Dr. Leußer ¹⁾ (auch zeitweiliges Mitglied der Wehrdienstsenate)
2. Beisitzer:	Bundesrichter Arndt ³⁾

III. Disziplinarsenat

Vorsitzender:	Senatspräsident Dr. Niemeyer
1. Beisitzer:	Bundesrichter Dr. Röhrmann
2. Beisitzer:	Bundesrichter Lange (auch zeitweiliges Mitglied der Wehrdienstsenate)
3. Beisitzer:	Bundesrichter Arndt ³⁾

Bemerkungen:

¹⁾ Bundesrichter Dr. Leußer tritt zum 1. Februar 1969 zu den Wehrdienstsenaten über.

²⁾ Bundesrichter Dr. Hardraht wird ab 1. Februar 1969 zugleich dem II. Disziplinarsenat zugeteilt.

³⁾ Bundesrichter Arndt wird ab 1. Februar 1969 ausschließlich dem II. Disziplinarsenat zugeteilt, bleibt aber bis zur Erledigung der Sache — III D 26/68 — für diese Sache auch Mitglied des III. Disziplinarsenats.

2. Beamtenbeisitzer

Die Beamtenbeisitzer der Disziplinarsenate werden nach Maßgabe der §§ 49, 50, 55 BDO an Hand der im Auslosungsverfahren bei den Senaten gebildeten Jahreslisten berufen. Für die ab 1. Mai 1957 eingeleiteten förmlichen Disziplinarverfahren gegen Beamte und Ruhestandsbeamte aus dem Dienstbereich der Landespostdirektion Berlin, der Zoll- und Verbrauchssteuerverwaltung einschließlich der Monopolverwaltung für Branntwein und des Devisenüberwachungsdienstes sowie der Sondervermögens- und Bauverwaltung der Oberfinanzdirektion Berlin (§ 1 des Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der in den einzelnen Verwaltungszweigen des Landes Berlin beschäftigten Personen vom 26. April 1957 — BGBl. I S. 397 —, geändert durch Gesetz vom 20. Juli 1967 — BGBl. I S. 725, 744 —) wird im Auslosungsverfahren eine gemeinsame Beisitzerliste gebildet und beim I. Disziplinarsenat geführt; aus ihr ziehen die Disziplinarsenate in der Reihenfolge ihres Bedarfs die Beamtenbeisitzer nach Maßgabe der in Abs. 1 genannten Gesetzesvorschriften heran.

III. Wehrdienstsenate

1. Richter

I. Wehrdienstsenat:	Senatspräsident Scherübl ³⁾ Bundesrichter Dr. Krönig ²⁾ Bundesrichter Mühlendorf Bundesrichter Dr. Schweiger
II. Wehrdienstsenat:	Senatspräsident Dr. Scherer ³⁾ Bundesrichter Lippold Bundesrichter Dr. Jäger ¹⁾

2. Militärische Beisitzer

Die militärischen Beisitzer, der Wehrdienstsenate werden nach Maßgabe der §§ 58 und 54 Wehrdisziplinarordnung berufen.

Bemerkungen:

- 1) Bundesrichter Dr. Jäger tritt mit dem 31. Januar 1969 in den Ruhestand. Der zum 1. Februar 1969 einzuberufende, neu gewählte Bundesrichter Dr. Glöckner wird dem II. Wehrdienstsenat zugeteilt.
Der am 1. Februar 1969 vom II. Disziplinarsenat zu den Wehrdienstsenaten übertretende Bundesrichter Dr. Leußner wird bis zum 31. Mai 1969 dem I. und zugleich dem II. Wehrdienstsenat zugeteilt.
- 2) Bundesrichter Dr. Krönig tritt mit dem 31. Mai 1969 in den Ruhestand. Der zum 1. Juni 1969 einzuberufende, neu gewählte Bundesrichter Saalmann wird dem I. Wehrdienstsenat zugeteilt. Vom gleichen Zeitpunkt an gehört Bundesrichter Dr. Leußner nur noch dem II. Wehrdienstsenat an.
- 3) Zum ständigen Vertreter des Vorsitzenden ist für die Zeit vom 1. Februar bis 31. Mai 1969 beim I. Wehrdienstsenat in erster Linie Bundesrichter Dr. Krönig, in zweiter Linie Bundesrichter Mühlenfeld, beim II. Wehrdienstsenat Bundesrichter Lippold bestellt.

IV. Großer Senat

Mitglieder

Präsident	Prof. Dr. Werner
Bundesrichter	Amelung
Bundesrichter	Dr. Gützkow
Bundesrichter	Dr. Sendler
Bundesrichter	Dr. Heddaeus
Bundesrichter	Dr. Korbmacher
Bundesrichter	Dörffler

Vertreter

Vertreter des Vorsitzenden
der jeweilige allgemeine Vertreter
des Präsidenten

Bundesrichter	Dr. Becker
Bundesrichter	Weber-Lortsch
Bundesrichter	Arndt
Bundesrichter	Mühlenfeld
Bundesrichter	Türke
Bundesrichter	Dr. Weyreuther

V. Gemeinsamer Senat

der obersten Gerichtshöfe des Bundes

I. Mitglieder kraft Amtes:

1. der Präsident des Bundesverwaltungsgerichts Prof. Dr. Werner,

2. die Präsidenten der beteiligten Senate des Bundesverwaltungsgerichts.

Bei Verhinderung des Präsidenten tritt sein Vertreter im Großen Senat,

bei Verhinderung des Präsidenten eines beteiligten Senats sein Vertreter im Vorsitz an seine Stelle.

II. Mitglieder durch Entsendung:

	Vertreter:
I. R-Senat Bundesrichter Dr. Heinrich	Bundesrichter Dr. Paul
II. R-Senat Bundesrichter Oppenheimer	Bundesrichter Weber-Lortsch
III. R-Senat Bundesrichter Dr. Sieveking	Bundesrichter Vierhaus
IV. R-Senat Bundesrichter Clausß	Bundesrichter Dr. Weyreuther
V. R-Senat Bundesrichter Dr. Wolf	Bundesrichter Dr. Gützkow
VI. R-Senat Bundesrichter Kellner	Bundesrichter Dr. Waitz
VII. R-Senat Bundesrichter Dr. Zinser	Bundesrichter Dr. Zehner
VIII. R-Senat Bundesrichter Dr. Korbmacher	Bundesrichter Maetzel
I. D-Senat Bundesrichter Amelung	Bundesrichter Dr. Hardraht
II. D-Senat Bundesrichter Arndt	Bundesrichter Dr. Hardraht
III. D-Senat Bundesrichter Lange	Bundesrichter Dr. Röhrmann
I. WD-Senat Bundesrichter Mühlenfeld	Bundesrichter Dr. Schweiger
II. WD-Senat Bundesrichter Dr. Leußner	Bundesrichter Lippold
Großer Senat Bundesrichter Dr. Sendler	Bundesrichter Dörffler

C. Vertretung

I. Zugehörigkeit zu mehreren Senaten

Die Tätigkeit im Gemeinsamen Senat der obersten Gerichtshöfe des Bundes geht der Tätigkeit am Bundesverwaltungsgericht, die Tätigkeit im Großen Senat jeder sonstigen Tätigkeit vor.

II. Vertretung der Vorsitzenden

Die Vorsitzenden der Senate werden, soweit das Präsidium nichts anderes bestimmt hat, durch das jeweils anwesende dienstälteste, bei gleichem Dienstalter lebensälteste Mitglied des Senats vertreten.

III. Vertretung der Beisitzer

Die beisitzenden Richter vertreten sich innerhalb der Senate gemäß der nach § 10 Abs. 4 i. V. m. § 8 Abs. 2 VwGO zu treffenden Anordnung. Im übrigen vertreten, beginnend mit dem dienstjüngsten Beisitzer:

1. bei den Revisionssenaten sich gegenseitig
die Beisitzer des I. und IV. Senats (ausgenommen BR Oppenheimer)
die Beisitzer des II. und VI. Senats
die Beisitzer des III. und V. Senats
die Beisitzer des VII. und VIII. Senats
2. bei den Disziplinarsenaten
die Beisitzer des I. Disziplinarsenats die des III. Disziplinarsenats
die Beisitzer des II. Disziplinarsenats die des I. Disziplinarsenats
die Beisitzer des III. Disziplinarsenats die des II. Disziplinarsenats,

3. die Beisitzer des I. und II. Wehrdienstsenats sich gegenseitig.

Für den Fall der Verhinderung der Mitglieder der Wehrdienstsenate und ihrer regelmäßigen Vertreter (§ 58 Abs. 3 Satz 5 Wehrdisziplinarordnung) sind die Bundesrichter Dr. Hardraht und Lange zu zeitweiligen Mitgliedern der Wehrdienstsenate bestellt. Sie vertreten die verhinderten Mitglieder der Wehrdienstsenate in der angegebenen Reihenfolge nach der Folge der Verhinderungsfälle jeweils längstens für die Dauer einer Sitzungsperiode. Ist der hiernach berufene Vertreter verhindert, so tritt der nächste mit der Maßgabe an seine Stelle, daß der Verhinderte dessen nächsten Vertretungsfall übernimmt.

4. Weiter erforderliche Vertretungen regelt der Präsident des Bundesverwaltungsgerichts.
5. Wird eine Vertretung unter den Senaten erforderlich, ist der Vorsitzende des Senats zu unterrichten, zu dem der Vertreter als ordentliches Mitglied gehört.

IV. Vertretung im Großen Senat

Bei Verhinderung des Vorsitzenden tritt dessen Vertreter ein. Die stellvertretenden Mitglieder werden nach der Reihenfolge ihres Dienstalters zur Vertretung herangezogen. Das dienstjüngste Mitglied hat den ersten Vertretungsfall, das im Dienstalter folgende Mitglied den nächsten Vertretungsfall usw. wahrzunehmen.